

11/2008

---

**2015**  
aktuell

---

28. November 2008

1. **Weltfinanzkrise gefährdet Armutsbekämpfung und MDG**
2. **Vorbereitungen auf die Doha-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung**
3. **EU-Nahrungsmittelfonds beschlossen**
4. **Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe**
5. **MDG spiegeln sich nicht in Entwicklungsstrategien wider**
6. **Weltentwicklungsbericht: „Räumliche Dimension von Entwicklung“**
7. **Weltbevölkerungsbericht: „Kultur, Gender und Menschenrechte“**
8. **Klimaschutz und Armutsbekämpfung**
9. **Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheitswesens**
10. **Toilettenmangel als Hemmnis für Entwicklung**

*Kurz notiert  
Termine*

---

### **1. Weltfinanzkrise gefährdet Armutsbekämpfung und MDG**

Am 15. November trafen sich in Washington die 20 führenden Industrie- und Schwellenländer zum Weltfinanzgipfel. Zum Abschluss des Treffens, zu dem die Mehrzahl der Entwicklungsländer nicht eingeladen war, verabschiedeten sie einen Aktionsplan mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Lösung der Finanzkrise und zur besseren Regulierung der Finanzmärkte. Die Maßnahmen in den Bereichen Transparenz und Rechenschaftspflicht, Integrität der Finanzmärkte, Internationale Zusammenarbeit und Reform der Internationalen Finanzinstitutionen sollen zum Teil als Sofortmaßnahmen bis zum nächsten Gipfel im Frühjahr 2009 und zum Teil in Form mittelfristiger Strukturreformen umgesetzt werden.

([www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2008/11/2008-11-15-erkl\\_C3\\_A4rung-finanzmarkt.html](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2008/11/2008-11-15-erkl_C3_A4rung-finanzmarkt.html))

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) bilanziert, dass einige Absichtserklärungen des Gipfels zwar in die richtige Richtung weisen, ein Aufbruch für eine grundlegende Reform des internationalen Finanzsystems aber nicht vom Finanzgipfel ausgegangen ist. In einer Erklärung zur globalen Finanzkrise warnt VENRO davor, dass die Krise zu einer weltweiten Zunahme der Armut führen und Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) verhindern kann. Bereits jetzt sind einige Länder von ausbleibenden Zuflüssen von frischem Kapital oder Kapitalabflüssen betroffen. VENRO fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung nicht gefährdet. Zudem ist es laut dem Verband wichtig, die Entwicklungsländer in die Verhandlungen einzubeziehen. ([www.venro.org](http://www.venro.org))

Auch das Erlassjahr kritisiert in einer Stellungnahme die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels als unzureichend. Zwar seien lange überfällige technische Hausaufgaben bei der Beaufsichtigung der Märkte erreicht, aber keine politischen Fortschritte für die ärmeren Länder erzielt worden, so Erlassjahr-Koordinator Jürgen Kaiser. Vor allem die im Aktionsplan angesprochene Reform der Internationalen Finanzinstitutionen falle enttäuschend aus. Es würden keine neuen Institutionen – etwa aus dem alle Staaten umfassenden System der Vereinten Nationen – geschaffen. Stattdessen sei der Internationale Währungsfonds (IWF) gestärkt worden. Der aber hat in der Vergangenheit viele der von ihm abhängigen Volkswirtschaften in die Rezession beziehungsweise den Staatsbankrott getrieben, kritisiert Kaiser. ([www.erlassjahr.de/presse/pressemitteilungen/stellungnahme-weltfinanzgipfel-neue-abseitsregeln-fuer-das-grosse-geld-aber-die-schiedsrichter-bleiben-die-alten.html](http://www.erlassjahr.de/presse/pressemitteilungen/stellungnahme-weltfinanzgipfel-neue-abseitsregeln-fuer-das-grosse-geld-aber-die-schiedsrichter-bleiben-die-alten.html))

Das katholische Hilfswerk MISEREOR sieht in den Ergebnissen des Gipfels einige positive Ansätze, die auch den Menschen in Entwicklungsländern zugute kommen können. Dazu gehören zum Beispiel die Förderung der Integrität der Finanzmärkte durch Bekämpfung von Steueroasen und die Betonung der Notwendigkeit einer umfassenden Reform von IWF und Weltbank. Gleichzeitig weist das Programm der G20 aber auch Lücken auf, da wichtige Strukturveränderungen wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder die Lösung von Verschuldungsproblemen nicht thematisiert werden. ([www.misereor.de/fileadmin/user\\_upload/pflege\\_allgemein/pflege\\_startseite/Weltfinanzgipfel Stoll 01.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/pflege_allgemein/pflege_startseite/Weltfinanzgipfel_Stoll_01.pdf))

Die Welthungerhilfe stellt anlässlich des G20-Gipfels fest, dass die langfristigen Folgen der Finanzkrise vor allem in den Entwicklungsländern zu spüren sein werden. „Die Menschen in den armen und ärmsten Ländern der Welt gehören zu den eigentlichen Verlierern des Desasters“ erklärt Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Welthungerhilfe. „In diesen Ländern gibt es keine sozialen Sicherungssysteme, und von Konjunkturprogrammen kann man dort nur träumen.“ Deshalb müsse gerade jetzt die Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Zehn Milliarden Euro jährlich – so Preuß – seien erforderlich, um die ländlichen Gebiete zu entwickeln und den Hunger zu bekämpfen. ([www.welthungerhilfe.de/weltfinanzgipfel-welthunger.html](http://www.welthungerhilfe.de/weltfinanzgipfel-welthunger.html))

## 2. Vorbereitungen auf die Doha-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung

Am 10. und 11. November trafen sich in Brüssel die Entwicklungs- und Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten zum Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen. Ein Schwerpunkt bei dem Treffen war die Abstimmung der europäischen Position im Vorfeld der zweiten Weltkonferenz für Entwicklungsfinanzierung, die vom 29. November bis 2. Dezember in Doha, Katar stattfinden wird. Der Rat bekräftigte die Ziele des EU-Stufenplans zur Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) und bekennt sich zur aktiven Umsetzung des Accra-Aktionsplans, um eine bessere Qualität der ODA sicherzustellen. In vielen Bereichen fällt das Papier jedoch hinter das im Entwurf vorliegende Abschlussdokument der Doha-Konferenz zurück: So gibt die EU bislang weder eine Empfehlung zur Einführung von Insolvenzregimen für überschuldete Staaten noch für ein zwischenstaatliches Gremium zur besseren Kooperation in Besteuerungsfragen. Weitere Themen des Treffens der Entwicklungsminister waren der Wiederaufbau und die Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan, die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und die laufenden Verhandlungen über den Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

[www.eu2008.fr/PFUE/lang/en/accueil/PFUE-11\\_2008/PFUE-10.11.2008/CAGRE\\_10\\_11\\_nov](http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/en/accueil/PFUE-11_2008/PFUE-10.11.2008/CAGRE_10_11_nov))

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hatte sich als Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für Entwicklungsfinanzierung besonders für eine Vorreiterrolle der EU in diesem Bereich eingesetzt. Vor ihrer Abreise nach Brüssel erklärte sie, dass die Ernährungskrise, steigende Rohstoffpreise und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise besonders schwerwiegende Auswirkungen auf Arme in Entwicklungsländer hätten. Die Industrieländer müssten daher ihre eingegangenen finanziellen Verpflichtungen erfüllen und ihre Anstrengungen für mehr und bessere Entwicklungsförderung verstärken. Die EU solle daher in Doha klar machen, dass die globale Entwicklungspartnerschaft gerade in Krisenzeiten unverzichtbar ist.

[www.bmz.de/de/presse/pm/2008/november/pm\\_20081110\\_104.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2008/november/pm_20081110_104.html))

Unter dem Titel **“Die zweite Weltkonferenz für Entwicklungsfinanzierung in Doha – Erwartungen und Forderungen aus Entwicklungspolitik und Zivilgesellschaft“** ist die Dokumentation eines Fachgesprächs erschienen, das VENRO am 20. Juni dieses Jahres gemeinsam mit terre des hommes und dem Global Policy Forum Europe in Berlin veranstaltet hat. Wenige Tage vor der Doha-Konferenz haben die darin dokumentierten Beiträge nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil, die akute Finanzkrise und die drohende Rezession weltweit werden auch auf Schwellen- und Entwicklungsländer negative Auswirkungen haben. In manchen Ländern sind sie schon jetzt zu spüren. Bei der Doha-Konferenz Ende November sind substanzielle Fortschritte erforderlich, um die notwendigen finanziellen Ressourcen für die Erreichung der MDG zu mobilisieren. Dies gilt besonders für die Bereiche, die im Mittelpunkt des Fachgesprächs standen: die Verhinderung von Kapital- und Steuerflucht, die notwendige Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und die Etablierung neuer innovativer Finanzierungsinstrumente sowie die Rolle der neuen Geberländer.

[http://2015.venro.org/2015\\_im\\_gespraech.html](http://2015.venro.org/2015_im_gespraech.html))

### 3. EU-Nahrungsmittelfonds beschlossen

Am 21. November einigte sich der EU-Finanzministerrat in Brüssel auf einen Hilfsfonds in Höhe von einer Milliarde Euro für die am stärksten von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Länder. 260 Millionen davon sollen noch in diesem Jahr fließen, der Rest in den Jahren 2009 und 2010. Bei den Geldern handelt es sich jedoch nicht um zusätzliche Mittel, sondern sie sollen aus den EU-Etats für Außenhilfe sowie für Not- und Sonderhilfen entnommen werden. EU-Kommissionspräsident Barroso hatte beim G8-Gipfel im Juli 2008 vorgeschlagen, angesichts der weltweiten Ernährungskrise überschüssige Mittel des EU-Agrarhaushalts in Höhe von einer Milliarde Euro für die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern umzuwidmen. Dieser Vorschlag wurde von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen nachdrücklich unterstützt. Ein entsprechender Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde aber im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) mehrheitlich abgelehnt. Auch innerhalb der EU konnte sich der Vorschlag zur Umwidmung der Agrarmittel nicht durchsetzen.

([www.ue2008.fr/PFUE/lang/en/accueil/PFUE-11\\_2008/PFUE-21.11.2008/Resultat\\_Ecofin\\_budget](http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/en/accueil/PFUE-11_2008/PFUE-21.11.2008/Resultat_Ecofin_budget);  
[www.bundestag.de/aktuell/hib/2008/2008\\_311/05.html](http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2008/2008_311/05.html))

Der Vorsitzende des AwZ Thilo Hoppe (MdB) zeigte sich von der Entscheidung der Ausschussmehrheit enttäuscht. Das „Nein“ der Abgeordneten zeige, dass weder die Mehrheit des Parlaments noch die Regierung bei der Reaktion auf die Welternährungskrise zu kohärentem Handeln fähig seien. Nationale Agrar- und Finanzinteressen hätten mehr Gewicht als internationales Engagement in einer fundamentalen Krisensituation. ([www.thilo-hoppe.de](http://www.thilo-hoppe.de))

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul begrüßte den Beschluss der EU-Finanzminister zur Bekämpfung der Nahrungsmittelkrise. Es sei gut, dass die EU ein deutliches Zeichen gesetzt habe, mit dem sie ihrer Verantwortung gerecht werde. Denn die hungernden Menschen brauchen schnelle Hilfe, so die Ministerin. ([www.bmz.de/de/presse/pm/2008/november/pm\\_20081122\\_109.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2008/november/pm_20081122_109.html))

### 4. Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe

Zum sechzehnten Mal haben die Welthungerhilfe und terre des hommes ihren Bericht „**Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe**“ veröffentlicht. Einen besonderen Schwerpunkt legt der Bericht, in dem die Organisationen jedes Jahr die quantitativen und qualitativen Aspekte der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen analysieren, auf die Mobilisierung lokaler finanzieller Ressourcen als Aufgabe deutscher Entwicklungspolitik. Nach groben Schätzungen verlieren die Entwicklungsländer pro Jahr mindestens 500 Milliarden US-Dollar durch Kapitalflucht und Steuervermeidung, etwa das Fünffache der weltweiten Entwicklungshilfeleistungen. Deshalb müsse die Entwicklungspolitik der Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau effektiver Steuer- und Finanzsysteme größere Aufmerksamkeit widmen. Die beiden Hilfsorganisationen kritisieren weiterhin, dass die öffentliche Entwicklungshilfe der Industriestaaten von 104,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2006 auf 103,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 zurückgegangen ist. Weitere Einschränkungen seien aufgrund der aktuellen Finanzkrise zu befürchten. ([www.welthungerhilfe.de/16-bericht-](http://www.welthungerhilfe.de/16-bericht-)

[entwicklungshilfe.html](#);  
[www.tdh.de/content/themen/weitere/entwicklungspolitik/shadow-dac/index.htm](http://www.tdh.de/content/themen/weitere/entwicklungspolitik/shadow-dac/index.htm))

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul begrüßte die kritische Begleitung der Entwicklungspolitik durch Nichtregierungsorganisationen (NRO) und erklärte: „Wir teilen nicht jede Einschätzung, aber die Analysen und Empfehlungen nehmen wir auf.“ Die Ministerin kündigte an, das Thema „Kapitalflucht und Steuervermeidung“ bei der bevorstehenden Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha mit Nachdruck anzusprechen.

([www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/oktober/20081030\\_studie\\_entwicklungshilfe/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/oktober/20081030_studie_entwicklungshilfe/index.html))

## 5. MDG spiegeln sich nicht in Entwicklungsstrategien wider

Das International Poverty Center des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) setzt sich in seinem aktuellen Arbeitspapier „**Are the MDGs Priority in Development Strategies and Aid Programmes? Only Few Are!**“ kritisch mit der Lücke zwischen dem politischen Anspruch der MDG und ihrer tatsächlichen Verankerung in den nationalen Armutsbekämpfungsstrategien (PRS) sowie den Programmen der Geber auseinander. Ausgehend von einer Analyse von 22 ausgewählten Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung (PRSP) und 21 Programmen der bilateralen Zusammenarbeit kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die meisten PRSP zwar stark auf Aspekte des wirtschaftlichen Wachstums und der staatlichen Investitionen im Gesundheitsbereich abzielen, andere Aspekte wie menschenwürdige Arbeit, Ernährung und Umweltfragen aber unterbeleuchtet bleiben. Gleiches gilt für Fragen nach nationalen Governance-Strukturen: Der starke Fokus auf Wirtschaftswachstum vernachlässige Aspekte des gerechten und partizipativen Zugangs zu demokratischen Entwicklungsprozessen.

([www.undp-povertycentre.org/pub/IPCWorkingPaper48.pdf](http://www.undp-povertycentre.org/pub/IPCWorkingPaper48.pdf))

## 6. Weltentwicklungsbericht: „Räumliche Dimension von Entwicklung“

Unter dem Titel „**Reshaping Economic Geography**“ wurde der diesjährige Weltentwicklungsbericht der Weltbank am 6. November der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Mittelpunkt des Berichts stehen räumliche Aspekte der Weltwirtschaft und Migrationsbewegungen zwischen Stadt und Land. Trotz damit verbundener geografischer Ungleichgewichte wirkt dem Bericht zufolge das ökonomische Wachstum in den Ballungsräumen stimulierend auf weniger entwickelte angrenzende Gebiete. Vor dem Hintergrund dieser marktorientierten Perspektive gelangt der Bericht zu der Empfehlung an die Politik, wirtschaftsfreundliche Bedingungen zu schaffen, die die Bildung von Wirtschaftszentren und die Migration qualifizierter Bevölkerungsgruppen fördern. Hierzu bedürfe es laut Bericht kürzerer Entfernungen zwischen Akteuren und Märkten, unter anderem in Form von Ballungsräumen, sowie der Überwindung nationaler und internationaler Grenzen für wirtschaftliche Aktivitäten. ([www.worldbank.org/wdr2009](http://www.worldbank.org/wdr2009))

## 7. Weltbevölkerungsbericht: „Kultur, Gender und Menschenrechte“

Kultursensible Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit sind entscheidend für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Dies gilt insbesondere für die Ziele, die mit der Gleichstellung der Geschlechter verbunden sind. Zu diesem Schluss kommt der Weltbevölkerungsbericht 2008, dessen deutsche Ausgabe im November

vom Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) und der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) vorgestellt wurde. Unter dem Titel „Gemeinsamkeiten finden: Kultur, Gender und Menschenrechte“ weist der Bericht auf die Notwendigkeit hin, kulturelle Faktoren wie zum Beispiel traditionelle Praktiken sowie Werte und Normen, stärker in Entwicklungsprogrammen zu berücksichtigen. Dies sei insbesondere aus menschenrechtlicher Perspektive erforderlich und erleichtere die Zusammenarbeit zwischen Internationalen Entwicklungsorganisationen und lokalen Kulturen. ([www.weltbevoelkerung.de/publikationen/weltbevoelkerungsbericht.shtml?navanchor=1010051](http://www.weltbevoelkerung.de/publikationen/weltbevoelkerungsbericht.shtml?navanchor=1010051))

## 8. Klimaschutz und Armutsbekämpfung

Die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und Armutsbekämpfung sind Thema einer Erklärung des Bischöflichen Hilfswerks Misereor und der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Unter dem Titel „**Für eine entwicklungsgerechte Klimapolitik – Klimaschutz und Armutsbekämpfung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!**“ weist die Erklärung auf durch den Klimawandel verursachte Gerechtigkeitsprobleme hin und fordert eine Verknüpfung von Klimaschutz und Armutsbekämpfung durch einen „Global Deal“, der beide Bereiche als zusammenhängende Ziele einer nachhaltigen Entwicklung versteht. Die Reduzierung von Emissionen und die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Anpassung an den Klimawandel müssten dabei mit partizipativen Prozessen verbunden werden, um gerade die Armen in den Ländern des Südens einzubeziehen. In den Ländern des Nordens müsse hingegen eine grundlegende Wertediskussion stattfinden, die sich auch auf unseren Lebensstil sowie unsere Produktions- und Konsummuster bezieht.

([www.misereor.de/fileadmin/user\\_upload/pflege\\_presse/1008\\_Klima-Erkl\\_rung\\_JP\\_Mis.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/pflege_presse/1008_Klima-Erkl_rung_JP_Mis.pdf))

## 9. Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheitswesens

Am 14. Oktober stellte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihren Jahresbericht unter dem Titel „**Primary Health Care – Now More than Ever**“ vor. Darin konstatiert die Organisation deutliche Verbesserungen in der gesundheitlichen Entwicklung der vergangenen 30 Jahre, weist jedoch auch auf Probleme hin, die in Zusammenhang mit Ungleichheiten im Zugang zur Gesundheitsversorgung innerhalb und zwischen Gesellschaften bestehen. Zudem weist sie auf Veränderungen von Strukturen in Gesundheitssystemen als Folgen der Globalisierung hin. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen empfiehlt die WHO Reformen für einen universellen Zugang zum Gesundheitssystem, zur Ausrichtung von Gesundheitswesen an den Bedürfnissen der Menschen, sowie zum Ausbau und zur Verbesserung öffentlich finanzierter medizinischer Grundversorgung. ([www.who.int/whr/2008/en/index.html](http://www.who.int/whr/2008/en/index.html))

Anlässlich einer Konferenz der Europäischen Kommission zur Bekämpfung armutsbedingter Krankheiten forderte Oxfam in dem Bericht „**Ending the R&D Crisis in Public Health**“ einen Globalen Fonds für die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen vernachlässigte Krankheiten in armen Ländern. Weltweit würden nur 0,001 Prozent der Mittel für Forschung und Entwicklung für Tropenkrankheiten ausgegeben. Weniger als zehn Prozent der medizinischen Forschung widme sich Krankheiten, die mehr als 90 Prozent der Weltbevölkerung betreffen. Oxfam fordert die Beendigung der Forschungskrise im

Gesundheitswesen und die Förderung medizinischer Innovationen zu Gunsten armer Menschen. Ebenso muss laut der Hilfsorganisation das System der Patentrechte überdacht und neue Anreizmechanismen geschaffen werden, die es sowohl der privatwirtschaftlichen als auch der universitären Forschung erlauben, sich stärker an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer zu orientieren. (<http://poverty-related-diseases.teamwork.fr>;  
[www.oxfam.de/download/Beendigung\\_der\\_Forschungskrise.pdf](http://www.oxfam.de/download/Beendigung_der_Forschungskrise.pdf))

Ein weltweites im "People's Health Movement" zusammengeschlossenes Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wissenschaftlern fordert in dem Bericht "**Global Health Watch 2**" einen neuen entwicklungspolitischen Ansatz zur Verbesserung der weltweiten Gesundheitssituation. Der alternative Gesundheitsbericht analysiert die Auswirkungen von politischen Entscheidungen und das Handeln globaler Akteure, wie der Weltgesundheitsorganisation, der Weltbank oder der Gates-Stiftung. Er kritisiert die ungerechten sozialen und politischen Verhältnisse, die nach Ansicht der Autoren für die schlechte globale Gesundheitssituation verantwortlich sind. Erforderlich sei es, dem neoliberalen Entwicklungsmodell ein neues entgegen zu setzen, das den Zielen der Armutsbekämpfung, der Erfüllung des Menschenrechtes auf Gesundheit und den Erfordernissen des Klimawandels gerecht werde.  
(<http://medico.de/media/zusammenfassung-und-inhaltsangabe-ghw2.pdf>)

## **10. Toilettenmangel als Hemmnis für Entwicklung**

Anlässlich des Welttoiletentages am 19. November 2008 forderte das Forum Umwelt und Entwicklung in einem Positionspapier konkrete Maßnahmen zur Verbreitung zukunftsfähiger Sanitärsysteme. Hintergrund sind die bisher begrenzten Fortschritte bei der Umsetzung von MDG 7, das unter anderem darauf abzielt, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung haben, zu halbieren. Neue Prognosen gehen davon aus, dass bei wachsender Weltbevölkerung im Jahr 2015 immer noch 1,8 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sanitärer Grundversorgung haben werden. Um MDG 7 noch zu erreichen, sind nach Angaben der WHO jährlich zehn Milliarden US-Dollar erforderlich. Die German Toilet Organization verwies anlässlich des Welttoiletentages darauf, dass das Thema der sanitären Grundversorgung zudem „aus der Schmutzdecke“ herausgeholt werden müsse, um wirksame Aufklärungsarbeit in den Ländern des Nordens leisten zu können.

([www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/agwas\\_2008\\_sanitation\\_dt.pdf](http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/agwas_2008_sanitation_dt.pdf);  
[www.germantoilet.org](http://www.germantoilet.org))

---

### **Kurz notiert:**

Im Rahmen der Kampagne „Act positive – AIDS affects us all“ wollen Jugendliche bis 2010 eine Million Unterschriften sammeln, um die Regierungen an ihre Verpflichtungen im Kampf gegen HIV/AIDS zu ermahnen. An der EU-finanzierten Kampagne sind neben der Kindernothilfe auch Organisationen aus den Niederlanden, der Slowakei und Südafrika beteiligt. Weitere Informationen unter: ([www.actpositive.de](http://www.actpositive.de))

Aktuelle Informationen zum Thema Gender bietet der neue Rundbrief „Gender Action Link“. Die erste Ausgabe des von der Organisation Gender Action herausgegebenen Newsletters beschäftigt sich mit den Themen Gender, Internationale Finanzkrise und Klimawandel. Ziel von Gender Action ist die Stärkung von Frauenrechten in den Internationalen Finanzinstitutionen. ([www.genderaction.org/](http://www.genderaction.org/))

---

## Termine

### **1. Dezember 2008, Berlin, VENRO**

Menschenwürdige Arbeit als Beitrag zur Armutsbekämpfung  
Fachgespräch

Informationen unter:

[http://2015.venro.org/fileadmin/redaktion\\_2015/pdf/VENRO\\_Einladung\\_DecentWork.pdf](http://2015.venro.org/fileadmin/redaktion_2015/pdf/VENRO_Einladung_DecentWork.pdf)

### **2. Dezember 2008, Berlin, Ökumenisches Netz Zentralafrika, SÜDWIND e.V.**

Der Härteste Stoff der Welt: Unternehmerverantwortung beim Abbau von Diamanten in der DR Kongo, Sierra Leone und deren Verarbeitung in Indien

Vorstellung der Studie des SÜDWIND-Instituts

Informationen unter: [www.suedwind-institut.de/0dt\\_sw-start-fs.htm](http://www.suedwind-institut.de/0dt_sw-start-fs.htm)

### **5. Dezember 2008, Berlin, VENRO, Global Policy Forum Europe, tdh, DGVN**

Nach Doha: Was hat die zweite UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung gebracht?  
Fachtagung

Informationen unter:

[www.dgvn.de/veranstaltung.html?&tx\\_miseventpro\\_pi1\[showUid\]=277&cHash=93bd110636&recentView=teaserView](http://www.dgvn.de/veranstaltung.html?&tx_miseventpro_pi1[showUid]=277&cHash=93bd110636&recentView=teaserView)

### **5. bis 6. Dezember, medico international, Gesundheit Berlin e.V.**

Den Tod verhindern ohne das Leben zu verbessern – Gesundheit, Globalisierung und globale soziale Rechte

Informationen unter:

[http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/ewik/de/02\\_Aktuelles/Aktuelle\\_20Termine/Den\\_20Tod\\_20verhindern\\_20DL.pdf](http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/ewik/de/02_Aktuelles/Aktuelle_20Termine/Den_20Tod_20verhindern_20DL.pdf)

### **11. Dezember 2008, InWEnt, DIE**

Effects of the Global Financial Crisis on Developing Countries and Emerging Markets

Informationen unter:

[www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/MPHG-7LGCLP?OpenDocument&nav=active:Veranstaltungen\MPHG-7LGCLP;expand:Veranstaltungen](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/MPHG-7LGCLP?OpenDocument&nav=active:Veranstaltungen\MPHG-7LGCLP;expand:Veranstaltungen)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Anna Marquardt

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*